

## Dringlichkeitsantrag

nachgezogen zum Plenum

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Annette Karl, Ruth Müller, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Arif Tasdelen, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Christian Flisek, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

### **Atomkraft: Nein Danke – kein Zurück zur gefährlichsten und teuersten Art der Stromproduktion!**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bayerische Landtag lehnt ein Zurück zur Atomkraft und eine Verlängerung der Laufzeit der verbliebenen Atomkraftwerke entschieden ab.

Der Bayerische Landtag fordert stattdessen die Staatsregierung auf, die Erneuerbaren Energien im Freistaat, insbesondere Windkraft, Photovoltaik und Geothermie, deutlich schneller und umfassender auszubauen, als das bisher geschehen ist.

#### **Begründung:**

Die Atomkraft ist nicht nur die teuerste, sondern vor allem die gefährlichste Form der Stromerzeugung. Das haben die schweren Unfälle und Reaktorkatastrophen in Three Mile Island (Harrisburg) in den USA, in Tschernobyl in der damaligen Sowjetunion und heutigen Ukraine, und in Fukushima in Japan auf schreckliche Art und Weise gezeigt.

Aufgrund dieser Erfahrungen hat sich Deutschland entschieden, aus dieser gefährlichen Hochrisikotechnologie auszusteigen. CDU und CSU haben sich dieser Erkenntnis lange verweigert, ja haben sogar bereits einmal den Wiedereinstieg in die Atomkraft versucht, aber nach Fukushima eine Kehrwertwende vollzogen. Jetzt nehmen beide Parteien zusammen mit den Freien Wählern die Energiekrise aufgrund des Ukraine-Krieges zum Anlass, erneut einen – zumindest zeitweiligen - Wiedereinstieg in die Atomkraft zu fordern.

Die drei in Deutschland noch laufenden Atomkraftwerke sollen in diesem Jahr abgeschaltet werden. Es gibt keine neuen Brennstäbe für sie, ihre Technik ist nicht mehr auf dem neuesten Stand, und die umfassende, eigentlich nach zehn Jahren vorgeschriebene umfassende Sicherheitsüberprüfung wurde aufgrund der geplanten Abschaltung nicht durchgeführt. Alle Entscheidungen in den letzten Jahren bezüglich dieser Nuklearanlagen wurden mit Blick auf die

---

VorAn - Dokument - ID: 127729      zuletzt geändert von Nußbaum, Elke am 19.05.2022 - 11:33

1

SPD

Status: fraktionsöffentlich seit 19.05.2022 - 11:02

Ersterfasser: Elke Nußbaum

Abschaltung getroffen. Eine Verlängerung der Laufzeit wäre also nicht nur ein unverantwortliches Sicherheitsrisiko, sondern hieße auch: Wiedereinstieg in die Atomkraftwirtschaft.

Ein Zurück zur Atomkraft bedeutete aber auch, sich auf andere Weise von Russland abhängig zu machen. Ein erheblicher Anteil des in den deutschen AKWs verwendeten Urans kommt aus Russland und Kasachstan. Außerdem sind russische Firmen in erheblichem Umfang an den Unternehmen beteiligt, die sich auf die Produktion von Brennstäben sowie auf die Lagerung und Entsorgung von Atommüll spezialisiert haben – übrigens auch in Bayern.

Die Bundesregierung arbeitet mit Nachdruck und erfolgreich daran, dass Deutschland von fossilen russischen Energieträgern unabhängig wird. Noch in diesem Jahr können wir in Deutschland deswegen voraussichtlich auf russisches Öl und russische Kohle verzichten. Strom aus Atomkraftwerken kann dagegen Gas kaum ersetzen, da es vor allem zur Wärmeengewinnung verwendet wird. Außerdem würde Stromproduktion aus Atomkraftwerken aufgrund des Energiemarktdesigns keine Gaskraftwerke, sondern Kohlekraftwerke ersetzen („Merit Order“).

Das eigentliche Problem in Bayern sind die schweren Versäumnisse der CSU-FW-Regierung beim Ausbau der Erneuerbaren Energien. Statt zur Ablenkung vom eigenen Versagen ein Zurück zur gefährlichen Atomkraft zu fordern, muss die schwarz-orange Koalition jetzt endlich ihre ideologischen Vorbehalte beiseitelegen und die Bremsen beim Ausbau von Windkraft und Erdwärme lösen.

Das Beharren auf einer Laufzeitverlängerung und dem Wiedereinstieg in die Atomkraft dagegen wirft die Frage auf, wo der zusätzliche Atommüll gelagert wird. Eine Antwort auf diese Frage verweigert die Regierungskoalition bisher. Das ist aber unredlich gegenüber der Bevölkerung.